



Niederschrift

60. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen

| | |
|------------------------|------------------------------|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 23.01.2007 |
| Sitzungsbeginn: | 18:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 21:25 Uhr |
| Ort, Raum: | Hegelallee, Haus 1, Raum 405 |

Anwesend sind:

| | | |
|--------------------------------|-----------------------|---------------------|
| Herr Jäkel, Ralf | DIE LINKE. PDS | |
| Frau Oldenburg, Brigitte | DIE LINKE. PDS | |
| Herr Dr. Schlomm, Herbert | DIE LINKE. PDS | |
| Herr Kümmel, Harald | SPD | |
| Herr Dr. Seidel, Christian | SPD | Leitung der Sitzung |
| Herr Cornelius, Wolfgang | CDU | |
| Herr Lehmann, Peter | CDU | |
| Frau Hüneke, Saskia | Bündnis 90/Die Grünen | |
| Frau Grimm, Ute | Die Andere | |
| Herr Grünberg, Kai | Die Andere | |
| Herr Blaser, Franz | SPD | |
| Herr Dr. Jacob, Timo | DIE LINKE. PDS | |
| Herr Pieper, Ronald | CDU | |
| Herr Roos, Karl-Heinz | Bündnis 90/Die Grünen | |
| Frau Dr. von Kuick-Frenz, Elke | Beigeordnete | |

Nicht anwesend sind:

| | | |
|------------------------|----------------|--------------|
| Herr Kutzmutz, Rolf | DIE LINKE. PDS | entschuldigt |
| Frau Jensch, Sun | | entschuldigt |
| Herr Kleinert, Manfred | DIE LINKE. PDS | entschuldigt |
| Frau Reimers, Babette | SPD | entschuldigt |
| Herr Träger, Hans-Otto | DIE LINKE. PDS | entschuldigt |

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Verständigung zur Tagesordnung
- 2 Bestätigung des Protokolls vom 12.12.2006
- 3 Überweisungen - Anträge der Fraktionen
- 3.1 Medientrasse (Wiedervorlage)
Vorlage: 06/SVV/0542

Verfasser: Fraktionen CDU und SPD
- mit Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. PDS -

- 3.2 Kreuzungsfreie Unterführung der Berliner Straße im Bereich Humboldtbrücke (Wiedervorlage)
(Behandlung erfolgt erst in der Sitzung am 13.02.2007)
Vorlage: 06/SVV/0546
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 3.3 Rücknahme der Förderanträge für die Tram- und Fußgängerbrücke (Wiedervorlage)
Vorlage: 06/SVV/0684
Fraktion Die Andere
- 3.4 Durchwegung des städtischen Grundstücks am Griebnitzsee
Vorlage: 06/SVV/0824
Fraktion SPD
- 3.5 Aktualisierung Verkehrsentwicklungsplan
Vorlage: 06/SVV/0895
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 4 Berichte und Informationen
- 4.1 Bericht durch den Ortsbürgermeister, Herrn Wartenberg, zur Thematik: Denkmalbereichssatzung Kartzow
- 4.2 Drewitzer Brache - Ankündigung des Aufstellungsbeschlusses zur B-Plan-Änderung - Sofortbeschluss erbeten
- 4.3 Bauvorhaben Hegelallee/Obelisk; Vorstellung des Vorhabens
- 4.4 Glienicker Horn - B-Plan, Information zur Entscheidung Veränderungssperre
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Verständigung zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Seidel, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Entwurf der Tagesordnung liegt den Teilnehmern vor.

Ein Antrag auf Rederecht liegt zum TOP 4.1 Bericht zur Denkmalbereichssatzung für Herrn Klaus (stellv. Ortsbürgermeister von Fahrland) vor.
Hierzu erfolgt kein Widerspruch.

Der Ausschussvorsitzende informiert weiterhin zur Tagesordnung, dass zum TOP 3.4 gebeten worden ist, aufgrund der nicht möglichen Vertretung durch den geschäftsführenden Geschäftsbereich als auch von der Pro Potsdam GmbH die Behandlung auf die nächste Sitzung zu vertagen. In telefonischer Verständigung mit dem Geschäftsführer der Pro Potsdam GmbH, Herrn Müller-Zinsius, ist erklärt

worden, dass die Pro Potsdam GmbH bis zur abschließenden Behandlung der Drucksache in der STVV keine vollendeten Tatsachen schaffen wird. Der Geschäftsführer hat pflichtgemäß darauf hingewiesen, dass die zeitliche Verzögerung zu finanziellen Verlusten der Stadt führen könnte. Es gibt aber derzeit keinen Anhaltspunkt für eine derartige Konstellation.

Für die Antragstellerin erklärt Herr Dr. Seidel, dass sie mit der zu Protokoll gegebenen Erklärung der Vertagung zustimmt. Die Behandlung wird in der Februar-Ausschusssitzung erfolgen, an welcher Herr Müller-Zinsius teilnehmen wird.

Weiterhin bringt der Ausschussvorsitzende zum Ausdruck, dass auf Grund der heutigen Pressemeldungen die Berichterstattung zum B-Plan Glienicker Horn nicht nur im nicht öffentlichen Teil erfolgen kann, sondern eine Aufteilung der Informationen in öffentlichen und nicht öffentlichen Teil angebracht sei. Dies erfolgt im öff. Teil unter TOP 4.4.

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert zum TOP 3.2 – Kreuzungsfreie Unterführung der Berliner Straße im Bereich Humboldtbrücke – die Durchführung des Workshops Anfang Februar erfolgen wird, so dass die abschließende Behandlung in der 1. Februar-Sitzung des SB-Ausschusses stattfinden könne.

Zum TOP 3.3 – Rücknahme der Förderanträge für die Tram- und Fußgängerbrücke – teilt Frau Dr. von Kuick-Frenz mit, dass die letzten Abstimmungen zur Kosten-Nutzen-Analyse laufen. Sie sichert zu, dass den Fraktionen Ende der nächsten Woche die kompletten Kosten-Nutzen-Untersuchungen übergeben werden, so dass die Behandlung der DS ebenfalls im Februar erfolgen könne.

Seitens der Teilnehmer erfolgt kein Widerspruch zu den vorgenannten Vorschlägen.

zu 2 Bestätigung des Protokolls vom 12.12.2006

Der Protokollentwurf der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung am 12.12.2006 liegt den Teilnehmern vor. Ergänzungs- bzw. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

Der SB-Ausschuss bestätigt das Protokoll der Sitzung vom 12.12.2006.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|---|
| Zustimmung: | 7 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 2 |

zu 3 Überweisungen - Anträge der Fraktionen

zu 3.1 Medientrasse (Wiedervorlage)

Vorlage: 06/SVV/0542

Verfasser: Fraktionen CDU und SPD

- mit Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. PDS -

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Weis (Geschäftsführer Verkehrsbetrieb in Potsdam).

Herr Weis erhält das Wort. Er berichtet über die Umsetzung des Auftrages Kosten-Nutzen-Untersuchungen durchzuführen und deren Ergebnisse (sh. auch Da-

ten in der ausgereichten Tischvorlage). Er macht deutlich, dass keine der 3 untersuchten Varianten zur Medienstadttrasse eine förderfähige Lösung darstellen (Nutzen-Kosten-Indikator liegt unter 1, über 1 würde bedeuten, dass volkswirtschaftlich gesehen, der Nutzen die Kosten übersteigt).

Aufgrund des negativen Ergebnisses sind zusätzlich 3 Varianten unter Einbeziehung der Großbeerenstraße untersucht worden. Hier ist festgestellt worden, dass der Nutzen-Kosten-Indikator über 1 liegt. Die Großbeerenstraße ist ein verkehrlicher Schwerpunkt; ein hohes Fahrgastpotential sei zu erwarten. Alle 3 Varianten sollten als Denkanregungen genutzt werden und sind nur als Vorschlag zu verstehen. Für intensivere Untersuchungen sei ein entsprechender Auftrag notwendig.

Der Ausschussvorsitzende bringt den im Ausschuss zu behandelnden Originalantrag der Fraktionen CDU und SPD in Erinnerung. Dieser lautet: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bau der Straßenbahntrasse – Fontanestraße/ VIP Verkehrshof – (sog. „Medientrasse“) voran zu treiben, mit dem Ziel, die Trasse in die mittelfristige Planung aufzunehmen. Die Wirtschaftlichkeit und damit Förderfähigkeit des Vorhabens ist nachzuweisen. Zusätzlich sei zu behandeln, der Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE.PDS. Dieser schlägt folgenden Beschlusstext vor:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bau der Straßenbahntrasse Fontanestraße – an Stern voranzutreiben, mit dem Ziel, die Trasse in die mittelfristige Planung aufzunehmen. Dazu ist zunächst die wirtschaftlichste und damit förderfähige Variante der Streckenführung zu ermitteln.

Herr Lehmann spricht sich dafür aus, heute eine Entscheidung zu treffen. Verschiedene Teilnehmer greifen einzelne Aspekte auf und stellen Nachfragen, auf welche Herr Weis erläuternd eingeht.

Frau Dr. von Kuick-Frenz unterbreitet zur Verfahrensweise den Vorschlag, im Frühjahr einen gemeinsamen Workshop durchzuführen, um das Für und wider gemeinsam zu diskutieren. Im Moment liegt den Teilnehmern das blanke Ergebnis des Standardisierten Bewertungsverfahrens vor. Der Workshop im März würde eine ordentliche Vorstrukturierung erfahren, die Abstimmung dazu und zum Teilnehmerkreis könnte vorher im Ausschuss vorgenommen werden.

Mehrere Teilnehmer äußern Vorbehalte zu weiteren Untersuchungen der Großbeerenstraße; unterbreiten Alternativvorschläge bzw. bitten sich Bedenkzeit aus.

Herr Lehmann spricht für die CDU-Fraktion und könnte sich vorstellen, den 2. Satz aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE.PDS zu übernehmen. Herr Dr. Seidel macht darauf aufmerksam, dass es sich bei dem Originalantrag um einen gemeinsamen Antrag von CDU- und SPD-Fraktion handelt.

Als Ausschussvorsitzender plädiert Herr Dr. Seidel dafür, das Material erst einmal zur Kenntnis zu nehmen und mit gewissem Abstand Konsequenzen und Handlungsmöglichkeiten zu erörtern. Er unterstützt den Verfahrensvorschlag der Beigeordneten.

Herr Dr. Seidel stellt folgenden Geschäftsordnungsantrag zu Abstimmung:
Der Antrag sowie der Änderungsantrag ruhen bis nach der Durchführung eines Workshops. Im Anschluss werden beide Anträge wieder zur Behandlung aufgerufen.

Dafür und dagegen spricht niemand. Abstimmung: 7/0/2

Die Verwaltung erhält den Auftrag den Workshop vorzubereiten.

Frau Dr. von Kuick-Frenz sichert zu, in der 2. Februar-Sitzung den Ausschussteilnehmern konkrete Informationen zu Ablauf, Strukturierung, Teilnehmerkreis des Workshops vorzulegen.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Weis und bittet diesen an die Bearbeiter der Untersuchungen zu übermitteln.

zu 3.2 Kreuzungsfreie Unterführung der Berliner Straße im Bereich Humboldtbrücke (Wiedervorlage)
(Behandlung erfolgt erst in der Sitzung am 13.02.2007)

Vorlage: 06/SVV/0546

Fraktion DIE LINKE. PDS

Die Behandlung des Antrages wird auf die Sitzung am 13.2.2007 vertagt.

zu 3.3 Rücknahme der Förderanträge für die Tram- und Fußgängerbrücke (Wiedervorlage)

Vorlage: 06/SVV/0684

Fraktion Die Andere

Die Behandlung des Antrages wird auf die Sitzung am 13.2.2007 vertagt.

zu 3.4 Durchwegung des städtischen Grundstücks am Griebnitzsee

Vorlage: 06/SVV/0824

Fraktion SPD

Die Behandlung des Antrages wird auf die Sitzung im Februar 2007 vertagt.

zu 3.5 Aktualisierung Verkehrsentwicklungsplan

Vorlage: 06/SVV/0895

Fraktion DIE LINKE. PDS

Herr Jäkel bringt den Antrag ein. Er berichtet von der Behandlung im OUL-Ausschuss. Um Missverständnisse auszuräumen hat man sich darauf verständigt, den Antragstitel zu präzisieren. Dieser lautet neu:
Darstellung der Verkehrsverteilung der 2 Potsdamer Havelbrücken. Der OUL-Ausschuss hat der Vorlage mit 6/1/3 zugestimmt.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) nimmt Bezug auf den inhaltlichen Sachverhalt und erläutert, dass dies Kern konstruktiven Verwaltungshandelns sei. Diese Frage ist durchgängig auch Gegenstand von inhaltlichen Auseinandersetzungen und wird einer umfassenden Betrachtung zugeführt. Es ist vorgesehen eine Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes in den Jahren 2008/09 vorzunehmen, nach der Durchführung der Befragungen im Rahmen des Systems repräsentativer Verkehrsbefragungen zur Aktualisierung der neuen Basisdaten zum Verkehrsverhalten in den Jahren 2007/08.

Herr Lehmann kritisiert unter Bezug auf die im OUL-Ausschuss gegebenen Informationen, dass in verschiedenen Ausschüssen nicht die gleichen Aussagen erfolgen. Er halte unter Aufnahme des Beitrages von Herrn Goetzmann der Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt.

Herr Goetzmann bekräftigt nochmals, dass die ständige Ermittlung von Daten und Zahlen Aufgabe der Verwaltung sei. Die technischen Zählmöglichkeiten gerade im Bereich der Brücken sind noch nachzubessern, um auf gleichem Niveau mit anderen Zählungen zu sein. Konkrete Angaben, wann die technischen Zähl-daten vorliegen, können heute nicht gemacht werden. Zur Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes würde es möglich sein, solche Zahlen einzubringen.

Herr Grünberg bittet den Antrag nicht zurück zu ziehen.

Auf Nachfrage/Hinweis verschiedener Teilnehmer erläutert Herr Jäkel für die antragstellende Fraktion, dass im Antrag keine Festlegung erfolgt sei, dass der Bericht in mündlicher od. schriftlicher Art und Form vorzulegen sei. Auch inhaltlich seien keine Einschränkungen vorgenommen worden.

Herr Dr. Seidel stellt den Antrag auf Ergänzung des Beschlusstextes um einen Satz: Im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen ist über das Ergebnis zu berichten. Abstimmung: 9/0/0

Geänderter Beschlusstitel:

Darstellung der Verkehrsverteilung der 2 Potsdamer Havelbrücken

Ergänzter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Auswirkungen der bisherigen Entscheidungen zur Entwicklung der Potsdamer Mitte auf die Verkehrsverteilung der zwei Havelbrücken und des anliegenden Straßennetzes der Stadt Potsdam zu ermitteln und zu bewerten.

Im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen ist über das Ergebnis zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|---|
| Zustimmung: | 8 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 1 |

zu 4 Berichte und Informationen

zu 4.1 Bericht zur Thematik: Denkmalbereichssatzung Kartzow

Der Ausschussvorsitzende entschuldigt den Ortsbürgermeister, Herrn Wartenberg. Den Bericht wird die Beigeordnete, Frau Dr. von Kuick-Frenz, geben.

Herr Clauss (stellv. Ortsbürgermeister) stellt die Situation aus seiner Sicht dar (nicht für den Ortbeirat Fahrland). Er macht deutlich, dass es diverse Vorbehalte von Kartzower Bürgern gibt, die auf unzureichenden bzw. falsch interpretierten Informationen beruhen. Herr Clauss hält die Denkmalbereichssatzung für die weitere Entwicklung des Dorfes für wichtig.

Frau Dr. von Kuick-Frenz gibt Erläuterungen zum durchgeführten Verfahren (von der Beauftragung der Verwaltung zum Erlass einer Denkmalbereichssatzung Kartzow bis zur jetzt vorliegenden Unterschriftsliste (unterzeichnet von 37 Einwohnern), die sich dagegen aussprechen.

Auch die Thematik Dorfstr. spricht Frau Dr. von Kuick-Frenz an. Man habe sich

gegenüber dem Ortsbeirat verpflichtet, eine Gegenüberstellung der Annahmen zu den Kostenschätzungen im Frühjahr vorzustellen.

Weiterhin teilt Frau Dr. von Kuick-Frenz mit, dass sich der Ortsbeirat zur Durchführung einer Bürgerbefragung verständigt habe.

Die Erarbeitung einer Dorfentwicklungsplanung für Kartzow – vorgesehen über ILE-Programm – ist bisher in Brieselang abgelehnt worden. Man wolle nochmals versuchen, Fördermittel über das ILE-Programm zu beantragen.

Der Ausschussvorsitzende erinnert an die Beschlusslage des SB-Ausschusses. Dieser hat die Denkmalbereichssatzung bereits mit Mehrheit zur Beschlussfassung empfohlen.

Herr Kümmel bringt zum Ausdruck, dass die Bewohnerwünsche berücksichtigt werden sollten; er vertritt die Auffassung, dass man eher über eine Dorfentwicklung nachdenken sollte.

Frau Hüneke nimmt Bezug auf die umfassenden Ausführungen, die durch Herrn Kalesse in der Ortsbeiratssitzung gegeben worden sind. Die Denkmalbereichssatzung sollte eher als Bedarfsangebot verstanden werden. Im Moment sollte erst einmal der Fortgang mit der Dorfstr. (hier Angebot Kostenvergleich) abgewartet werden.

zu 4.2 Drewitzer Brache - Ankündigung des Aufstellungsbeschlusses zur B-Plan-Änderung

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) nimmt Bezug auf die mit den Unterlagen zur STVV am 31.1.2007 ausgereichten Vorlage DS 07/SVV/0013

Für die weitere Entwicklung der Brachfläche in Potsdam-Drewitz haben die an den verschiedensten Stellen geführten Diskussionen in der Öffentlichkeit sowie mit den verschiedenen Interessengruppen und nicht zuletzt die jüngste Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung verdeutlicht, dass der vorliegende Masterplan die städtebauliche Grundlage für die künftigen Planungsentscheidungen darstellen soll. Ziel ist es, die gewonnenen Erkenntnisse aus dem Masterplan Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld aufzugreifen und in verbindliche planungsrechtliche Regelungen über zu führen. Ebenso soll der noch bestehende, jedoch nicht realisierte Vorhaben- und Erschließungsplan „Freizeitpark Drewitz“ zur Aufhebung gebracht werden.

Auf verschiedene Rückfragen der Teilnehmer geht Herr Goetzmann erläuternd ein. Intention sei die Sicherung des planerischen Spielraums, hier vordringlich Einschränkungen zu ermöglichen (Gebrauch von § 15 BauGB – Zurückstellung eines Baugesuches von zunächst 12 Monaten).

Bezugnehmend auf die Bitte zur sofortigen Beschlussfassung unterbreitet er das Angebot, in die Fraktionssitzungen zu kommen und für Informationen oder auch Hilfestellung bei der Vorbereitung eventueller Änderungsanträge zur Verfügung zu stehen.

zu 4.3 Bauvorhaben Hegelallee/Obelisk; Vorstellung des Vorhabens

Der Ausschussvorsitzende erinnert an die Verständigung im Ausschuss, dass die

Verwaltung bei sensiblen Vorhaben ein informelles Votum im Ausschuss einholen kann. Er begrüßt deshalb die heutige Information.

Frau Dr. von Kuick-Frenz geht kurz auf die gegenwärtig wenig erfreuliche Situation in der Hegelallee/Ecke Schopenhauer Str. ein. Hier ist mit dem Eigentümer und dem Investor eine Möglichkeit gefunden worden, sowohl das Wohnhaus Hegelallee 28 (denkmalgerechter Ausbau in Richtung Wohnen) als auch ehem. Haus der Offiziere (kein Denkmal – daher Abriss und an dieser Stelle Errichtung eines Wohnhauses mit verträglicher Ausdehnung in Höhe und Breite sowie Erhalt des kleinen Vorparks zur Hegelallee) zu bearbeiten.

Herr Kock (Architekt) gibt anhand diverser Fotos und Zeichnungen einen Überblick über den Hergang der Planung und das Vorhaben.

Frau Dr. von Kuick-Frenz bestätigt, dass die Abstimmung mit der Unteren Denkmalbehörde erfolgt sei und von dort das Vorhaben begrüßt wird, um den Missstand zu beseitigen und das Denkmal in einen ordentlichen Zustand zu versetzen. An den Ausschuss erfolgt die Bitte um Unterstützung mit diesem Vorhaben weiter in vorgestellter Form zu verfahren. Ein Widerspruch zur Genehmigung nach § 34 Bau GB wird nicht gesehen.

Herr Kock bestätigt, dass es im Vorfeld eine Ämterrunde gegeben habe und die Zustimmung von Herrn Kalesse erfolgt sei.

Frau Dr. von Kuick-Frenz ergänzt, dass die Verwaltung das Benehmen mit dem Landesamt herstellen wird.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Aussage der Verwaltung zu Protokoll zu nehmen, dass sich bei einer Erteilung der Baugenehmigung für die beiden in Frage stehenden Objekte nach § 34 BauGB die Planungsmöglichkeiten für die verbleibenden Flächen im Bereich zwischen Werner-Alfred-Bad, Hegelallee, Schopenhauerstr. und Weinbergstr. nicht verschlechtert.

Frau Hüneke spricht sich dafür aus, heute kein Votum abzugeben. Der Tagesordnungspunkt sollte vertagt werden, bis auch die Aussage der Stiftung dazu bekannt ist.

Auf verschiedene Nachfragen der Teilnehmer wird durch Herrn Kock eingegangen.

Herr Jäkel spricht sich ebenfalls gegen ein sofortiges Votum aus und bittet dem Protokoll folgende Anlagen beizufügen:
Stirnansicht + Seitenansicht d. Wohnscheibe, einschl. Angaben zur Höhe, Breite, Tiefe.

Der Investor, Herr Onnen, erhält kurz das Wort.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen verständigt sich darauf, dass die Verwaltung kurzfristig die Benehmensherstellung mit dem Land vornimmt und in der nächsten Sitzung berichtet.

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung am 13.2.2006 vertagt.

**zu 4.4 Glienicker Horn - B-Plan,
Information zur Entscheidung Veränderungssperre**

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) teilt mit, dass das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg am 19.12.2006 über die Klage eines betroffenen Grundstückseigentümers über die Veränderungssperre entschieden hat. Die Klage, die Veränderungssperre für nichtig zu erklären, ist abgelehnt worden. D.h. im Ergebnis, dass die Veränderungssperre Bestand hat und gültig ist. Herr Goetzmann zitiert u.a., dass festgestellt worden ist, dass es sich hier nicht um eine „Negativplanung“ bzw. Verhinderungsplanung handelt und geht detailliert darauf ein.

Weiterhin informiert Herr Goetzmann, dass zu prozessstrategischen Überlegungen im nicht öffentlichen Teil der Ausschusssitzung berichtet werden wird.

zu 5 Sonstiges

Keine Anmerkungen

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 20.50 Uhr.